

# «Die Milliarden der Pensionskassen sind eine zu grosse Verlockung»

**Finanzanalytiker Christopher Chandiramani kritisiert: Die Pensionskassen verschleudern jedes Jahr 20 Milliarden Franken für unnötige Verwaltungsgebühren.**

**C**hristopher Chandiramani ist ein mutiger Mann: Vor zehn Jahren prangerte er als Finanzanalytiker der Credit Suisse zu Recht die Geschäftspraktiken der Swissair an – und wurde entlassen. 2003 stieg er bei der Argus Finanz AG ein. Praktisch einziger Kunde war die Pensionskasse des Kantons Zürich (BVK), die jetzt im Zentrum einer Strafuntersuchung steht. Früh stellte Chandiramani auch dort kritische Fragen an seine Vorgesetzten – und wurde zum zweiten Mal auf die Strasse gestellt.

**saldo: Wie kommen Sie auf die 15 bis 20 Milliarden Franken, die Jahr für Jahr den Versicherten für Verwaltungskosten abgenommen werden?**  
**Chandiramani:** Ich habe die BVK-Zahlen – sie hat 20 Milliarden Franken verwaltet – hochgerechnet auf das gesamte Pensionskassenver-

mögen der Schweiz von über 600 Milliarden Franken. Das ergibt 10 bis 15 Milliarden an versteckten Gebühren bei den Nettogeschäften. Hinzu kommen Berater- und Controllergebühren von rund 4 Milliarden Franken.

**Warum sind diese Zahlungen ungerechtfertigt?**  
 Meines Erachtens müsste man alle Retrozessionen – das sind Rückzahlungen der Finanzinstitute an Vermögensverwalter – verbieten. Solche Vergütungen sind zwar laut Bundesgericht schon jetzt untersagt, trotzdem sind sie gang und gäbe. Sie führen zu vielen unnötigen Vermögensumschichtungen. Wie wild werden Aktien gekauft und wieder verkauft. Damit kassiert die Bank Gebühren, die Rendite des Vermögens sinkt.

**Da müssten doch die Stiftungsräte der Pensionskassen eingreifen.**  
 Die sind meist ahnungslos. Transparenter wären Pauschalgebühren oder Rechnungen nach Stundenaufwand. Auch die Vorkäufe müssten verboten werden: Verwalter, die sowohl für die Pensionskasse als auch fürs private Depot die gleichen Aktien kaufen, kommen in einen Interessenskonflikt.

**Sind Pensionskassen für Banken und Berater also**



**Christopher Chandiramani:** «Die Stiftungsräte sind meist ahnungslos»

**reine Selbstbedienungsläden?**

Stiftungsräte haben oft zu wenig Fachwissen und folgen bedingungslos den Vorschlägen der Berater, der Verwaltung und der Banken. Es hat zudem zu viele Kontrollstellen, besonders bei den staatlichen Kassen: Revisoren, Kommissionen, Finanzkontrolle, Parlament, Regierung, das Bundesamt für Sozialversicherung und andere mischen mit. Dies alles verursacht hohe Verwaltungskosten von mindestens 2 Prozent eines Wertschriftenvermögens – und nicht wie offiziell genannt 0,5 Prozent.

**Das sieht nach wenig aus.**  
 Nein, es sind gigantische Beträge: Bei 600 Milliarden Franken PK-Vermögen sind 1 Promille 600 Millionen Franken!

**Wäre die Trennung von Beratung und Anlagegeschäft bei den Pensionskassen ein Ausweg?**

Ja. Ich schlage Bundesrat und Parlament vor, diese

Entflechtung dringend zu lösen. Denn das Potenzial für Interessenkonflikte ist gross, wenn eine Beratungsfirma Wertpapiere empfiehlt und aussucht und dann auch noch kontrolliert.

**„Strukturierte Produkte, Hedgefonds und Risikokapital haben in Pensionskassen nichts zu suchen“**

**Was halten Sie davon, dass Pensionskassen in Hedgefonds investieren?**

Hedgefonds haben in Pensionskassen nichts zu suchen – ebenso wenig wie strukturierte Produkte oder Risikokapital. Die Finanzkrise hat gezeigt, dass komplizierte Konstrukte wertmässig mehr verloren haben als einfache Anlageprodukte. Passives Anlegen bringt generell mehr Rendite als aktives Trading. Begrenzt

werden sollte auch der Fremdwährungsanteil. Seit Mitte März hat der Euro 10 Prozent verloren, der Dollar 5,5 Prozent. Das ist ein unnötiges Risiko für Pensionskassen, weil die Renten ja in der Schweiz in Franken ausgezahlt werden müssen.

**Ist die zweite Säule noch zu retten?**

Nach der Affäre um die Zürcher Beamtenversicherungskasse BVK habe ich keine Illusionen mehr: Ich glaube, dass die vielen Milliarden Franken, die es in einer Pensionskasse zu verwalten gibt, eine zu grosse Verlockung für einzelne Verwalter darstellen, um mit krummen Geschäften und Winkelzügen Geld in den eigenen Sack abzuzweigen. Mich würde es nicht überraschen, wenn eine Volksinitiative ergriffen wird mit dem Inhalt, die obligatorische Pensionskasse abzuschaffen und dafür die AHV bis zum Existenzminimum anzuheben und die 3. Säule aufzuwerten.

*Interview: Werner Fischer*